

Nicht fristgerecht enteignet

Das Berliner Immobilien-Business darf sich auf eine Wohltat des Senats freuen: Finanzsenator Elmar Pieroth (CDU) will etwa 400 City-Grundstücke, die bis 1949 von den sowjetischen Besatzern als „Vermögenswerte der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten“ konfisziert worden waren, an die alten Eigentümer oder deren Erben zurückgeben.

Die Grundstücke liegen in besten Gegenden, so etwa drei Hausnummern nebeneinander in der Karl-Liebknecht-Straße. Vis-à-vis dem Brandenburger Tor soll ein Eckgrundstück Unter den Linden in private Hand zurückgehen. Das gleiche gilt für das alte Kaufhaus Hertzog in der Brüderstraße.

Pieroths Pläne widersprechen dem 1990 zwischen Bonn und Ost-Berlin geschlossenen Einigungsvertrag. Danach sollten „Enteignungen auf besatzungsrechtlicher beziehungsweise besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) nicht mehr rückgängig“ gemacht werden.

Berlins Finanzsenator will diesen Passus umgehen. Pieroths juristische Kronzeugen, darunter die Anwaltskanzlei des CDU-Parteifreunds Klaus Finkelburg, stellen die Enteignung in der Viermächtestadt durch einseitigen Sowjetschritt als „rechtswidrig“ dar. Außerdem, so argumentieren Pieroths Senatsjuristen listig, sei die

Enteignung nicht fristgerecht vollzogen worden: „Die Liste 3“, auf der die sowjetische Militäradministration die konfiszierten Filetgrundstücke aufzählte, wurde erst im Verordnungsblatt vom 2. Dezember 1949, also nach Gründung der DDR, veröffentlicht.

Pieroth wartet jetzt noch auf zwei im Bundesfinanz- und Justizministerium

bestellte Gutachten. Allerdings sehen die Berliner Senatsjuristen sich mit den Bonner Ministerialen schon „in Übereinstimmung“. Nicht zuletzt wohl, weil Finanzminister Theo Waigel von der neuen Interpretation des Einigungsvertrages kräftig profitieren würde: Bonn müßte deutlich weniger Entschädigungen an enteignete Besitzer zahlen. Berliner Grundstücks-Experten schätzen Waigels mögliche Ersparnis auf „zweistellige Milliardenhöhe“.



Eckgrundstück Unter den Linden

Miserables Klima

Die PDS-Gruppe im Bundestag zerfällt zusehends. Vergangene Woche drohte der Abgeordnete Ulrich Briefs mit Konsequenzen, falls das „Gemisch aus



Briefs

Dilettantismus, Wurstigkeit und Feindseligkeit“ nicht bald ein Ende habe. Briefs beklagt, die Partei arbeite im Bundestag „völlig uneffektiv“ und werde nicht einmal ihren eigenen Ansprüchen gerecht. So habe die PDS ange-

kündigt, das Asylthema zum Schwerpunkt ihrer Arbeit zu machen. Als im Parlament über einen entsprechenden Antrag abgestimmt wurde, sei er jedoch der einzige PDS-Vertreter im Plenum gewesen – zum Gespött der anderen Parteien. Briefs will vorerst in der Gruppe bleiben, beschwert sich aber über das miserable Klima unter den Parlamentariern: „Was bei der PDS jetzt läuft, ist schlimmer als bei den Grünen.“ Erst vor fünf Wochen hatte der Abgeordnete Bernd Henn die PDS-Gruppe im Streit verlassen.

Stoltenbergs Empfehlung

Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg wollte Israel ursprünglich weit mehr Kriegsmaterial der ehemaligen Nationalen Volksarmee (NVA) liefern, als im Verlauf der Panzeraffäre bekannt wurde. Dies ergibt sich aus einem vertraulichen Protokoll über die Sitzung des Bundessicherheitsrates am 27. Februar 1991. Darin heißt es zum „Tagesordnungspunkt 4 (h)“ über die Abgabe „militärischer Ausrüstungsgegenstände und Munition“ aus NVA-Beständen: Minister Stoltenberg „schlägt Zustimmung vor, da die israelischen Wünsche im Rahmen dessen lägen, was wir ihnen zugesagt hätten“. Laut Protokollnotiz sprachen sich Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann dagegen aus. Unter anderem sollten auch Minenleger und andere Geräte geliefert werden. Als „Resümee“ von Kanzler Helmut Kohl wird sodann festgehalten, den „TOP 4 (h)“ einvernehmlich zurückzustellen“. Im Verteidigungsausschuß klang dies Anfang November ganz anders: Stoltenberg versicherte, er stehe zu

einer Erklärung seines Parlamentarischen Staatssekretärs Willy Wimmer. Der hatte Ende Oktober im Bundestag mitgeteilt, der Bundessicherheitsrat habe „aufgrund der Empfehlungen von Minister Stoltenberg jegliche Weitergabe von Panzern und Munition an Israel abgelehnt“. Eine solche Ablehnung galt nach Angaben von Mitarbeitern des Ministers in Stoltenbergs Vorlage für den Sicherheitsrat aber nur einem einzigen israelischen Wunsch: der Lieferung schwerer Kampfpanzer des sowjetischen Typs T-72.

Kloses Pläne

Der neue SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Ulrich Klose bereitet zügig den Abschied vom Dezernentenwesen seines Amtsvorgängers Hans-Jochen Vogel vor. So möchte er die Zahl seiner Stellvertreter von neun auf vier reduzieren. Kandidaten sind Kloses unterlegene Gegenspieler Herta Däubler-Gmelin und Rudolf Dreßler sowie Ingrid Matthäus-Maier und Wolfgang Thierse. Der Fraktionschef beabsichtigt auch, die Zahl der SPD-Arbeitskreise von neun auf fünf und die der Parlamentarischen Geschäftsführer von fünf auf drei zu verringern. Am 3. Dezember will er sein Modell in der Fraktion vorstellen; eine Woche später sollen die 239 Bundestagsabgeordneten darüber abstimmen.

Gendarstellung

Unter der Überschrift „Verdrehte Wahrheit“ beschäftigt sich der SPIEGEL vom 4. November 1991 auf Seite 17 mit dem Partei-Archiv der PDS.

Sie behaupten, entgegen meinem Dementi hätte ich die sowjetische Führung doch gebeten, „Bundeskanzler Kohl zu beeinflussen, damit dieser die Öffnung des Partei-Archivs verhindert“. Ferner hätte ich eine Veröffentlichung von Dokumenten aus dem Archiv für „eine echte Katastrophe“ gehalten und statt dessen eine Vernichtung empfohlen.

Hierzu stelle ich fest: Zwar habe ich dem Genossen Portugalow vom Zentralkomitee der KPdSU gesagt, daß ich, würden die Dokumente KPdSU/SED Bundeseigentum, keinerlei Einfluß hätte und daß im Falle unterstellter eigenständiger Interessen sich der Generalsekretär der KPdSU an den Bundeskanzler und nicht an mich wenden müsse.

Von einer „Katastrophe“ oder einer Vernichtung des Archivs war nur in bezug auf die persönlichen Daten von Mitgliedern illegaler Parteien in anderen Ländern die Rede, gegen die zum Teil Todesurteile vollstreckt werden sollen.

Berlin, 10. November 1991

Dr. Gregor Gysi

Monika Marons neuer Roman: Stille Zeile Sechs

Die DDR Mitte der 80er Jahre: Rosalind Polkowski, 42jährige Historikerin, beschließt, ihren Kopf von der Erwerbstätigkeit zu befreien und ihre intellektuellen Fähigkeiten nur noch für die eigenen Interessen zu nutzen. Herbert Beerenbaum, ein ehemals mächtiger Funktionär, bietet ihr eine Gelegenheitsarbeit: Rosalind soll seine Memoiren aufschreiben. Trotz ihres Vorsatzes, nicht ihren Kopf in den Dienst dieses Mannes zu stellen, kommt es zu einem Kampf um das Stück Geschichte, das beider Leben ausmachte, in dem der eine erst Opfer dann Täter war, und als dessen Opfer sich Rosalind fühlt. Die Auseinandersetzung mit Beerenbaum läßt sie etwas ahnen von den eigenen Abgründen und den eigenen Fähigkeiten zur Täterschaft.

MONIKA
MARON
STILLE
ZEILE
SECHS
ROMAN
S. FISCHER

219 Seiten. Leinen. DM 32,-

»Wenn jemand in seinem Leben so schreckliche Dinge tut, daß er stirbt, wenn man ihn danach fragt, ist er selbst schuld...«

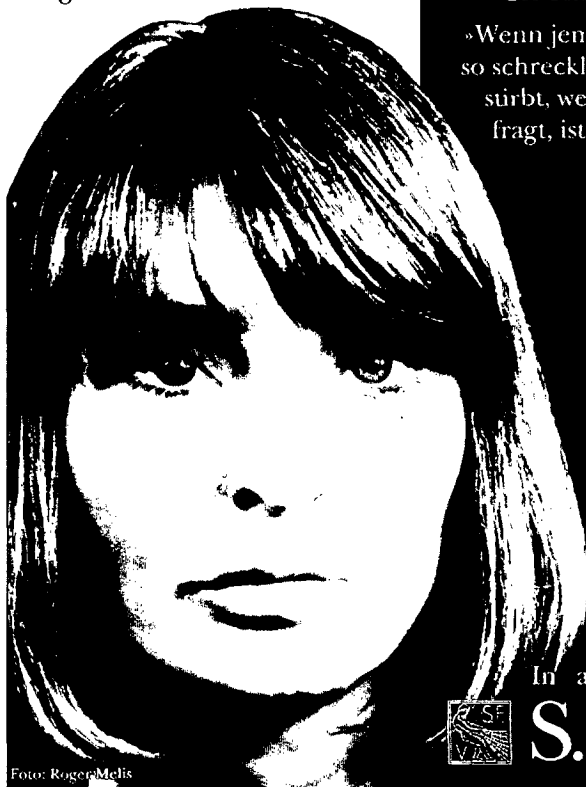


Foto: Roger Melis

In allen Buchhandlungen



S. Fischer